



Frankreich erlebte am 22. März einen landesweiten Protestmoment, wie man ihn in dieser Geschlossenheit nur selten sieht. In über hundert Städten versammelten sich Menschen, um gegen Rassismus, Diskriminierung und die allgegenwärtige Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung zu demonstrieren. Angesichts der zunehmenden Rhetorik des Ausschlusses und einer politischen Normalisierung des Fremdenhasses war der Protest nicht nur eine symbolische Geste – er war ein Weckruf.

Getragen wurde der Protest von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, darunter prominente Organisationen wie SOS Racisme und die Ligue des droits de l'homme. In einer Zeit, in der der öffentliche Diskurs immer öfter von identitärer Rhetorik und nationalistischen Überhöhungen geprägt ist, galt das gemeinsame Ziel der Verteidigung republikanischer Werte: Gleichheit, Menschenwürde und Solidarität.

Dominique Sopo, Präsident von SOS Racisme, verlieh dem Protest seine prägnanteste Stimme. „L'heure est grave“, sagte er – „Die Stunde ist ernst.“ In dieser knappen Formel verdichtet sich nicht nur die Einschätzung der gegenwärtigen Lage, sondern auch die tiefe Sorge darüber, wie tief sich rassistische und antisemitische Denkmuster wieder in den Alltag eingeschlichen haben. Für Sopo ist klar: Es geht nicht um Einzelphänomene oder vereinzelte Exzesse. Es geht um strukturelle Entwicklungen, die das Fundament des republikanischen Frankreich erschüttern könnten.

## Eine fragile Front gegen Diskriminierung

Sopos Worte zielten nicht nur auf das politische Lager der Rechten, sondern auch auf die inneren Widersprüche im linken Spektrum. Der Vorfall um ein Wahlkampfplakat der Partei La France insoumise (LFI), das den Fernsehmoderator Cyril Hanouna in einer Weise darstellte, die an antisemitische Karikaturen der 1930er Jahre erinnerte, sorgte im Vorfeld der Demonstrationen für erhebliche Spannungen. Während die LFI-Parteiführung jede antisemitische Absicht von sich wies, empfanden viele Beobachter – darunter auch Vertreter jüdischer Organisationen – das Bild als geschmacklos und historisch blind.

Dominique Sopo fand für diesen Vorfall klare Worte: Die Bekämpfung von Rassismus dürfe nicht zum politischen Instrument verkommen, sie erfordere moralische Integrität und die Bereitschaft zur Selbstkritik – auch innerhalb der eigenen Reihen. Gerade weil Rassismus sich in vielen Erscheinungsformen manifestiere, sei es essenziell, antisemitische und antimuslimische Vorurteile mit gleicher Konsequenz zu benennen und zu bekämpfen. Die Gefahr, so Sopo, liege in der Fragmentierung der Antidiskriminierungsbewegung: Wenn jede Gruppe nur für ihre eigenen Belange kämpfe, zerfalle das gemeinsame Fundament.



## Die politische Verantwortung

Die jüngsten Proteste spiegeln auch eine wachsende Unzufriedenheit mit der Haltung der Regierung wider. Zwar hat Präsident Emmanuel Macron wiederholt betont, sich gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzen zu wollen, doch konkrete Maßnahmen bleiben aus Sicht vieler Aktivisten unzureichend. Es ist nicht allein das Fehlen gesetzlicher Initiativen, das kritisiert wird, sondern auch die rhetorische Zurückhaltung angesichts rechtsradikaler Tendenzen. Wenn etwa führende Stimmen aus dem Lager des Rassemblement National rassistische Stereotype verbreiten und damit in Talkshows oder sozialen Medien auf Resonanz stoßen, bleibt die politische Gegenwehr oft bemerkenswert verhalten.

Sopo verweist in diesem Zusammenhang auf eine schleichende Normalisierung des Unausprechlichen: „Was früher Tabubruch war, ist heute Teil des Alltagsdiskurses.“ Der öffentliche Raum werde dadurch systematisch vergiftet – ein Prozess, der sich nicht allein durch juristische Mittel aufhalten lasse. Erforderlich sei vielmehr ein neues zivilgesellschaftliches Selbstverständnis, das sich der ideologischen Vereinnahmung durch Extremisten widersetzt.

## Frankreichs republikanisches Versprechen auf dem Prüfstand

Historisch betrachtet ist Frankreich ein Land, das in seiner republikanischen Tradition das Ideal der Gleichheit hochhält. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft seit Langem eine Lücke. Die banlieues – jene Vorstädte, in denen viele Menschen mit Migrationshintergrund leben – sind seit Jahrzehnten soziale Brennpunkte. Bildungsbenachteiligung, strukturelle Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und rassistisch motivierte Polizeigewalt sind dort nicht Ausnahme, sondern Alltag.

Sopos Appell richtet sich daher nicht nur an die politische Elite, sondern an die Gesellschaft insgesamt. Die republikanische Idee, so seine Überzeugung, müsse neu mit Leben gefüllt werden. Es genüge nicht, sich auf abstrakte Werte zu berufen – diese müssten konkret erfahrbar sein: in Schulen, in öffentlichen Institutionen, in Medien und auf dem Arbeitsmarkt.

## Jenseits des Aktionstages

Die Demonstrationen vom 22. März waren Ausdruck eines kollektiven Unbehagens – und eines kollektiven Willens zur Veränderung. Sie zeigten, dass ein nicht unerheblicher Teil der französischen Gesellschaft nicht bereit ist, die schleichende Erosion der Menschenrechte



tatenlos hinzunehmen. Doch Demonstrationen sind keine Lösung, sondern ein Signal. Was folgt, wird entscheidend sein.

Ob aus dem zivilgesellschaftlichen Impuls eine politische Dynamik erwächst, hängt davon ab, ob die zuständigen Akteure den Ernst der Lage erkennen – und ob sie bereit sind, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Dominique Sopo hat mit seiner Mahnung nicht nur eine Zustandsbeschreibung geliefert, sondern eine moralische Richtlinie: Der Kampf gegen Rassismus beginnt dort, wo wir bereit sind, nicht nur die anderen, sondern auch uns selbst zu hinterfragen.

P.T.

*Es grüßt die Redaktion von Nachrichten.fr!*